

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Annalena Baerbock, Oliver Krischer, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/12108 –**

Die Zeit ist reif für den Kohleausstieg

A. Problem

Schaffung der rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für einen verlässlichen Ausstieg aus der Kohleverstromung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/12108 abzulehnen.

Berlin, den 28. Juni 2017

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Nina Scheer
Berichterstatteerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Nina Scheer

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/12108** wurde in der 237. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juni 2017 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfordert es die globale Klimakrise, die Energieversorgung grundlegend neu aufzustellen. Deutschland drohe jedoch, sein eigenes Klimaziel für 2020 zu verpassen. Die Treibhausgasemissionen seien 2016 sogar wieder angestiegen. Daher müsse ein schrittweiser und planvoller Ausstieg aus der Kohleverstromung eingeleitet werden. Energiewirtschaftlich würden Kohlekraftwerke ohnehin zu den Überresten aus der alten Energiewelt gehören. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlangt daher von der Bundesregierung die Vorlage eines Kohleausstiegsgesetzes, in dem u. a. die Einführung von Kohlendioxid-Budgets für fossile Kraftwerke und ein Kohlendioxid-Mindestpreis geregelt werden müssten. Die Budgets sollten im Verlauf entsprechend den im Pariser Abkommen vereinbarten Klimaverpflichtungen dynamisch angepasst werden. Neue Kohlekraftwerke sollen nicht mehr gebaut werden dürfen. Verbote soll es auch für neue Kohletagebaue, Enteignungen und Umsiedlungen geben. Für die betroffenen Regionen sollen Bund und Länder Entwicklungsperspektiven in anderen Bereichen schaffen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/12108 in seiner 124. Sitzung am 28. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/12108 in seiner 119. Sitzung am 28. Juni 2017 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/12108 zu empfehlen.

Berlin, den 28. Juni 2017

Dr. Nina Scheer
Berichterstatlerin

